

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Max Dreyer Nr. 21302  
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger  
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Bank-Konto: Kgl. Deutsche Credit-Anstalt, Dresden  
Postfach-Nr.: 26, 212 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-N.

Ercheint täglich mit der Beilage „Agrar-Welt“ und „Kunst, Sport und Fremdenliste“. Der Bezugspreis wird jeweils am Monatsanfang bekanntgegeben; bei den Postanstalten 2500 mal Schillingzahl. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung bezug. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugsbetrags. Druck: Clement Langhof Nachf., Dresden-Preßthal. Bei unregelmäßig eingehenden Manuskripten ist Rücksicht zu nehmen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Anzeigen werden die Tageszeitung, Post-Zeitung mit Grundzahl 100 mal Schillingzahl berechnet, Resten bis 4 gezeilt, Zeile mit Grundzahl 200 mal Schillingzahl. Anzeigen u. Resten mit Nachdruckverboten u. schwerigen Inhalten werden n. 50% Aufschlag berechnet. Schluss d. Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen d. Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zinsenpreis in Anrechnung gebracht. Rückzahlung erfolgt bei verspäteter Zahlung, Klage oder Kontostand des Auftraggebers.

Nr. 226

Blasewitz, Donnerstag, 27. September 1923

85. Jahrgang.

## Der Ausnahmezustand über das Reich verhängt.

Berlin, 26. Oktober. Eine in später Abendstunde veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung bestimmt zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet, daß die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes auf freie Meinungsäußerung einschließlich Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungswesens, Einbruch in das Privat- und Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, Anordnung von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestehenden gesetzlichen Grenzen zulässig. Die vollständige Gewalt geht auf den Reichspräsidenten über, der sie auf die Militärbehörden übertragen kann. Am Einschießen mit dem Reichspräsidenten des Innern kann der Reichspräsident zur Unterstützung der Ausführung der vollständigen Gewalt auf dem Gebiete der Polizeiverwaltung Regierungskommissare ernennen. Für Ausnahmemaßnahmen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichspräsidenten oder des Militärbehörden werden schwere Freiheits- und Geldstrafen angedroht. Wenn die Ausnahmemaßnahmen den Tod eines Menschen zur Folge hat, wird der Täter mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Strafverfahren mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach Verurteilung der Verurteilten begangen sind. Auf Erfuchen des Inhabers der vollständigen Gewalt und durch den Reichspräsidenten unvorhergesehenen Verbrechen zu bilden. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

### Rückführung des Reichskabinetts.

Berlin, 27. Sept. Neben um Mitternacht ist, wie die D. P. A. erzählt, das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert zu einer Sitzung zusammengetreten. Auch der Chef der Deutschnationalen, General von Eckt, nahm an der Beratung teil.

### Die Arbeitseinteilung des Reichstages.

Berlin, 26. Sept. Am Reichstage wird die große politische Arbeit, wie der Reichspräsident heute beschlossen hat, erst am Dienstag nächster Woche stattfinden. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler sich in dieser Sitzung äußern wird. Bei den Dispositionen für die Verhandlungen des Reichstages ist es die für morgen anberaumte Vollversammlung des Reichstages wird mit der bereits bekanntgegebenen Tagesordnung abgehalten. Am Freitag wird sich der Reichstag mit der Abänderung des Wahlgesetzes und am Mittwoch nächster Woche mit dem Währungsgesetz beschäftigen.

### Der Abzug der Ruhrfront.

Berlin, 27. Sept. Die Reichsregierung hat die notwendigen Vorbereitungen zum schnellen Abzug der Ruhrfront getroffen. Es wird u. a. geplant, einen besonderen Kommissar mit der Abwicklung zu betrauen. Auch die großen Drohaktionen dürften im Laufe des heutigen Tages zu Besprechungen über die Durchführung des Abzuges des passiven Widerstandes zusammenzutreten. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der Sozial-

## Die Proklamation der Reichsregierung

In den späten Nachmittagstunden des gestrigen Tages übermittelte uns noch der Draht die bereits angekündigte Proklamation der Reichsregierung, welche deshalb nur in einem Teile unserer Ausgabe noch abgedruckt werden konnte. Wir wiederholen heute in der Gesamtausgabe diese Kundgebung, welche folgenden Wortlaut hat:

### An das deutsche Volk!

Berlin, 26. September. Die Reichsregierung hat folgenden Aufruf an das deutsche Volk gerichtet:

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit haben die Besatzer und Rheinland-Kommissare die Bevölkerung zu erziehen. Über 180.000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation geebnet. Mehr als 100 Volksgenossen haben ihr Leben dahingegen müssen. Hunderte schmachten noch in Gefängnissen. Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgesinnung und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung wüthete sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese dem deutschen Reich in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk. Die Reichsregierung hat es übernommen, nach allen Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterhaltungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Millionen Mark. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die rüstige Produktion des Rheinlandes und Ruhrgebietes hat aufgehört, das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist verfallend. Mit juchendem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten am bisherigen Verfahren die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der

nationalen Existenz für unser Volk unmöglich wird. Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden.

Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, haben wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere menschliche Opfer als bisher verlangen. Herold war für Kampf, beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiete duldeten. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen.

Doch zu sorgen, daß die Gefangenen freigelassen werden, daß die Verhafteten freigesetzt werden, bleibt nach wie vor vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen geht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit dieser Volksgenossen auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte.

Reichspräsident und Reichsregierung wahren hierdurch feierlich vor dem deutschen Volk, vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Reiche loslöst.

In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschlands den Frieden wiedergeben oder mit der Verwirklichung des Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Besatzer der Länder entstehen müssen. Das deutsche Volk fordert wie auf in den bevorstehenden Zeiten härtester hostiler Prüfung und materieller Not zwei zusammenzufassen. Nur so werden wir alle Absichten auf Verdrümmung des Reiches zurück zu machen, nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihre die Freiheit wiedergewinnen, die unser unvorstellbares Recht ist.

Berlin, 26. September 1923.  
Der Reichspräsident: Ebert.  
Die Reichsregierung: Dr. Stresemann.

demokratischen Partei versammeln sich zu diesem Zweck heute in Eisenach.

### Der Dank an die Eisenbahner.

Berlin, 26. Sept. Der Reichsverkehrsminister hat einen Erlass veröffentlicht, in dem er dem Reichsbahnpersonal für seine Haltung im Ruhrkampf seinen Dank ausdrückt und betont, daß diese Treue nicht vergessen werden würde. Die nötigen Maßnahmen zum Abbruch des Ruhrkampfes würden noch besonders bekanntgegeben werden.

### Gegen die Pläne der Sonderbündler

Berlin, 26. September. Die politischen Parteien des Rheinlandes planen dem Vernehmen nach am kommenden Sonntag eine große Demonstration im Grenzgebiet zwischen dem Ruhrgebiet und dem Rheinland. Die Kundgebung wird ein Zeugnis des Rheinlandes gegenüber den jüngsten Plänen der Sonderbündler darstellen.

### Belgien gegen eine allgemeine Annahme.

Paris, 26. Sept. Der Brüsseler Berichterstatter des Petit Parisien soll festgestellt haben, daß die Erklärungen des Reichskanzlers in den maßgebenden politischen Kreisen einen günstigen Eindruck gemacht haben. Aufmerksam verfolgt man in Brüssel die Schwierigkeiten, unter de-

ren der deutsche Kanzler Stresemann zu kämpfen hat, aber man glaubt, daß er sie überwinden wird und die Ordnung über stellen kann. Dem Verlangen nach der Rückkehr der Ausgewiesenen und der Freilassung von Gefangenen sei man nicht geneigt ohne weiteres nachzugeben und zuzustimmen. Man sei der Ansicht, daß eine Anzahl im Rheinland begangener Verbrechen und Tötungen nicht amnestiert werden könnten.

### Die Preise der Inlandsprodukte steigen weiter.

Die Lebensmittelpreise steigen weiter!  
Berlin, 26. September. Der gegenüber der Berichtswache eingetretenen Entzug des Dollarkurses sind die Preise der Einfuhr und dortenmäßig gehandelten Waren im allgemeinen gestiegen, während die Preise, namentlich der Lebensmittel inländischen Ursprungs sowie die Kohlenpreise ihre Aufwärtstendenz fortsetzten. Im Gesamtdurchschnitt ergibt die auf den 25. d. Mts. berechnete Großhandelsindexzahl des 26. d. Mts. den Index der Großhandelspreise und verlor somit auf dem Stande vom 18. September (88 Millionen). Der Dollarkurs gleichzeitig von 150 auf 121 Millionen zurückging, hob sich das Goldniveau der Großhandelspreise von 100,8 auf 125,7 Gold.

### Wichtige Ereignisse.

Die Reichsindexzahl vom 26. September zeigt gegenüber der Vorwoche eine weitere Steigerung um 97 Prozent.

Mit dem Abzug der Ruhrfront ist ungewohntlich begonnen worden.

### Des Reiches Grundmauern zittern.

Die Entwicklung der Verhältnisse, wie sie aus und nach dem Abbruch des passiven Widerstandes sich ergeben, darf von uns heute nicht einseitig beobachtet werden, das heißt: Wir dürfen unsere Blicke nicht nur auf das Ruhrgebiet und auf Frankreich oder England richten. Ebenso wichtig, ja noch viel wichtiger als die Frage: Was wird Bolincaire tun, wie wird England sich verhalten, wenn Frankreich im Taumel des Erfolges nun gänzlich über Rechte und Verträge sich hinwegsetzt und wie wird die Ruhrbevölkerung sich verhalten, wenn hinter dem Militarismus jetzt der unüberhörliche Anarchismus aufsteht? Ist größte Aufmerksamkeit für die Vorgänge in den einzelnen Staaten. Die heute vorliegende Nachricht aus Bayern, daß dort der infolge des „alten“ Kampfes einsetzende auf den Sessel des Ministerpräsidenten gelangte, dann durch Anklage abgelöste, aber nie ganz in der politischen Vertiefung verschwundene Herr v. Kahr zum Diktator über Bayern ernannt worden ist, wirft einen grellen Schein auf die Verhältnisse in Bayern und — was das selbe besagt — auf die kassenden Risse im Gefüge der Republik.

Um die welttragende Bedeutung dieser Diktatur zu erkennen, eine Bedeutung, welche über Bayerns Grenzen hinaus auf das ganze Reich sich erstreckt, muß man nicht nur die ästhetischen Vorurteile in Bayern in den Rahmen der Betrachtungen ziehen, sondern man muß auch den jetzigen Diktator Kahr kennen. Er ist exzessiver Monarchist. Seit mitten im Lager der auf die Befestigung der Republik und damit auf die Verfassungssicherung hinarbeitenden, den Gedanken der Einmündigkeit bis Wien vordringenden Nationalsozialisten, die während seiner Amtsperiode infolge des ihnen durch Kahr gemordeten Schubes erst zu jener Bedeutung gelangen konnten, welche sie heute in Bayern einnehmen. Um dieser Dinge willen mußte ja Kahr jetzt den Präsidentensessel räumen; denn seine Regierungsmethode schuf keine Konflikte zwischen Bayern und dem Reiche, die zwar latent aber lebendig geblieben sind.

In die Hände dieses Mannes legt nun die Regierung Anklage diktorische Machtbefugnisse, und zwar in einer Zeit, in der die Reichsregierung der Räte voll ist. Man halte sich dabei vor Augen, daß v. Anklage durch die mehrfach abgegebene Versicherung der absoluten Reichs- und Verfassungstreue gebunden ist. Er kann, soll Manneswort noch Geltung haben, seine anderen Wege geben, obwohl auch Anklage eines Herrschers mit Kahr ist. Im kritischen Augenblicke aber legt er alle Regierungsgewalt — auch die der Justiz — in die Hände Kahr's, Anklage und das gesamte Ministerium ordnen dem von ihnen selbst ernannten Diktator Kahr unter und übertragen damit ihm auch die Be-